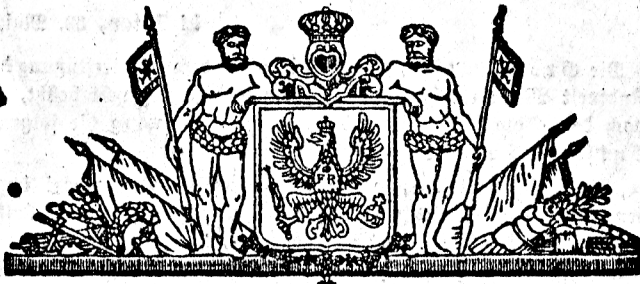


# Wossische



# Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Hand.-l.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11857 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 680

## Die Entwaffnung in Bayern.

### Eine Erklärung Rahrs.

Drahtmeldung.

München, 31. Mai.

In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtags gab Ministerpräsident v. Rahr über die Einwohnerwehrfrage folgende Erklärung ab:

Die bayerische Staatsregierung ist in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Ultimatums in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das Mögliche zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden. Dagegen hat sie sich nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung, daß die Einwohnerwehr nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und nicht unter das Gesetz vom 22. März 1921 falle, aufzugeben. Die Reichsregierung wurde gebeten, diese Auffassung den alliierten Mächten mitzuteilen und nach Möglichkeit zu vertreten. Diese habe sich dazu bereit erklärt. Je nach der Stellungnahme der Entente wird die Reichsregierung die weiteren Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine loyale Stellungnahme der Staatsregierung selbstverständlich ist.

Die Erklärungen, die der bayerische Ministerpräsident heute im Staatshaushaltsausschuß abgegeben hat, entsprechen inhaltlich dem, was in der gestrigen Abendausgabe die „Wossische Zeitung“ über die Haltung der bayerischen

Regierung zur Einwohnerwehrfrage mitgeteilt hat. Die bayerische Regierung ist bereit, zu entwaffnen, aber nicht die Einwohnerwehren aufzulösen, und dieser Standpunkt ist ihr durch die Widerstände der lokalen Organisationen der Einwohnerwehren aufgezwungen worden. In politischen Kreisen wird behauptet, daß die bayerische Regierung sich mit dem englischen Vertreter in München in Verbindung gesetzt habe, und daß sie auf Grund von Erklärungen aus englischer Quelle der Meinung sei, daß die Entente sich mit einer Entwaffnung begnügen und auf der Auflösung der Einwohnerwehren nicht bestehen werde. Auf diese Fühlungnahme ist vermutlich auch das Ersuchen der bayerischen an die Reichsregierung zurückzuführen, bei den Alliierten Mächten die bayerische Auffassung zu vertreten, daß die Einwohnerwehren nicht unter den Friedensvertrag und nicht unter das Entwaffnungsgesetz vom 22. März 1921 fallen. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, diesem Ersuchen Bayerns zu entsprechen, und, wie wir hören, sind die entsprechenden Anfragen an die Regierungen der alliierten Mächte bereits abgegangen; deren Antworten bleiben abzuwarten. Man darf wohl voraussetzen, daß, wenn die Entscheidung sich nicht mit der Auffassung der bayerischen Regierung decken sollte, die Regierung Rahr nicht zögern wird, dann das zu tun, was das Reichsinteresse gebietet: die Auflösung der Einwohnerwehren anzuordnen und etwaigen Widerständen mit den Nachmitteln des Staates zu begegnen. So ist wohl die Schlussbemerkung zu verstehen, daß eine loyale Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zu den endgültigen Entscheidungen der Reichsregierung nach Eintreffen der Antworten der Alliierten selbstverständlich ist.

## Die Volksabstimmung in Salzburg.

Von  
Karl Rahm.

\* Salzburg, Ende Mai.

Das endgültige amtliche Abstimmungsergebnis der Volksabstimmung in Tirol lautete: 145 302 Ja für den Anschluß an Deutschland, 1805 Nein. Die Abstimmung im Salzburgerischen, die am Sonntag nach Ueberwindung vieler Mühe und Not durchgeföhrt wurde, hatte ein ganz ähnliches Ergebnis. Von 104 000 Stimmen waren nur 800 ablehnend, 103 000 bejahend. Wenn behauptet wird, daß die Teilabstimmungen praktisch wertlos wären, weil die Entente den Anschluß nicht erlaube, so ist darauf zu erwidern, daß der ideale Gewinn allein schon befriedigen darf: der Alpenländer, der seinen Stimmzettel abgegeben hat, vollzieht damit im Herzen den Anschluß, und es bedarf nicht der Schwurhand, die er auf öffentlichem Platz erhoben hat, nie von der Forderung der Vereinigung mit den deutschen Brüdern abzulassen, um seine Treue zu bekräftigen. Verbote und Gewaltandrohungen kommen nicht auf gegen das, was jetzt einmal in den soliden Dickhäutern der Alpenbauern festliegt.

Man muß sich das Salzburger Vöndle auf der Karte ansehen; es schiebt sich wie ein mißlicher Seefstern mit drei verbogenen Fäden nordwärts gegen Bayern vor, westwärts in das selbst zungenförmig auseinander gezogene Tirol hinein, und ost-südwärts lehnt es sich an Steiermark und Kärnten. Man hat ihm diese Zipfelgestalt geben müssen, da seine auslaufenden Täler und Berggränder es so bedingen. Da gegen Süden die Wand der Kleinen Tauern steht, ist naturgemäß das Salzburgerische für seine wirtschaftlichen Verbindungen in der Hauptsache nach Norden, nach Bayern orientiert. Vor dem Wiener Kongreß war das fürstliche Erzstift Salzburg ein vernünftigeres Gebilde gewesen. Der Grenzfriede, der knapp an der schönen Landeshauptstadt vorüberführte, trennte den innigst verwandten Menschenschlag, rih ohne jede Bernunft ein natürlich zusammengehöriges Versorgungsgebiet auseinander. Im alten Oesterreich hat man sich nicht viel darum gekümmert, daß Handel und Wandel in den etwas abliegenden Alpenländern in eine gewisse Stagnation gerieten; man hat in den Anschlußreden gehört, daß die Salzburger wieder deutsche Kaufleute werden wollen, wie ihre Vorfahren es waren; man kann es begreifen, daß es der kunstfertigen Stadt schmerzlich ist, heute keine Mittel aufbringen zu können, ihre nach dem großen Sohne genannte Musikstätte, das Mozarteum, und das Theater durchzuhalten; man begreift nicht minder die Bitternis, daß die Armut an Lebensmitteln nötig, selbstzerfleischend den aus der Fremdenindustrie gezogenen Wohlstand durch Aufenthalts- und Reise-Erschwernungen unterbinden zu müssen, wo doch das herrliche Gebirgsland mit Seen und berühmten Heilquellen für Tourismus und Kuraufenthalt geradezu prädestiniert ist; man versteht ebenso, daß die zur Hälfte von Land- und Forstwirtschaft lebende Bevölkerung (genau 45 Proz.) ihr Vieh und ihre Produkte gern zu den besseren Bedingungen absetzen möchte, die im Reiche mit der zehnfach besseren Währung gelten.

Man darf ohne Scheu von dem materiellen Vorteil reden, den sich die Salzburger von dem Anschluß versprechen, da sie wahrlich nicht allein dieserhalb ihr deutsches Herz entdeckt haben. Wer gesehen hat, wie sie seit dem Zusammenbruch die Leiden und Sorgen des Reiches mitempfundnen haben, wie sie bei jeder Abstimmung erregt das Ergebnis erwarteten und zuletzt nach dem Ergebnis in Oberschlesien wieder ihre Häuser mit Fahnen schmückten, der kann ohne Gefahr einer Mißdeutung auf das Vertrauen hinweisen, das man hier in den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands setzt: man möchte seinen Anteil daran haben.

Im Salzburgerischen gab es einst Gold-, Silber- und Kupferförderung — der österreichische Boden birgt viele Mineral-schätze, aus denen deutscher Unternehmungsgeist neuen Reichtum ziehen soll. Die chemische Industrie liegt noch zu sehr in den Anfängen, ebenso eine Marmor-Industrie; die gewaltigen Holzbestände sind viel rationeller zu verwerten, als es bisher geschehen konnte; die Holzverarbeitungs-Industrie kann auf einen höheren Stand gebracht werden, wenn ein breiteres Absatzgebiet erschlossen wird; noch manche Wasserkräfte sind zu nützen; das schon nach Norden gerichtete Verkehrsnetz ist auszugestalten; qualifizierte Arbeiter, an denen es fehlt, sind aus dem Reiche erwünscht; befruchtendes deutsches Kapital wird ersehnt — ein Anfang ist seit der Interessenannäherung der Bayerischen Vereinsbank und der Bank für Osterreich und Salzburg gemacht, anderes ist ganz von selbst im Werden; ein engerer Zusammenschluß des Bäderwesens mit dem so vortrefflich im Reiche organisierten wird gewünscht — ein mächtig ausgedehntes wirtschaftliches Anschlußprogramm!

Man muß nicht annehmen, daß der Salzburger ein glattes Aufgehen in Bayern will. Er hat seinen überliefer-ten Länderpartikularismus, obchon er wie der Tiroler sich zehnmal näher der bawarischen Verwandtschaft fühlt, als Gemeinsames mit dem spezifischen Oesterreichertum empfindet, das er indessen aus alten Verwaltungs- und Reglerungsverpflogenheit nicht über Bord geworfen, sondern mit hinüber nach Deutschland gezogen wissen möchte. Auch den Deutschland nächsten Alpenländern sind die Wiener zu

## Leronds Demarkationslinie.

### Auflösung des Selbstschutzes?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mg Breslau, 31. Mai.

Die diplomatische Lage in Oberschlesien hat sich in den beiden letzten Tagen erheblich zugespitzt. Von gewisser Seite innerhalb der Interalliierten Kommission wird versucht, noch vor dem Eingreifen der Engländer die Situation in Oberschlesien in politischem Sinne zu retten. Als stärkstes politisches Hindernis steht diesem Bestreben dabei der kürzlich in Oberglogau gewählte, aus den Vertretern aller deutschen politischen Parteien und Gewerkschaften gewählte Zwölfers-Ausschuß entgegen. Dieser hielt gestern eine Sitzung ab, in der er sich als die politische Vertretung des von den Insurgenten nichtbesetzten Oberschlesien erklärte und zwar solange, bis die Befreiung der besetzten Gebiete ihn nicht, da er ja nur naturgemäß provisorischen Charakter haben könnte, überflüssig macht.

Es wurde beschlossen, in jedem Kreis ähnliche, aus allen Parteien gebildete Aktionsausschüsse einzusetzen, die ohne eigene Machtvollkommenheiten die Organe des Oberglogauer Ausschusses sein sollen. Sie sollen ihm die breitere Basis im Lande schaffen und vor allen Dingen für die Untersuchung von Requisitionen, Verhaftungen und Beschwerden der Bevölkerung zuständig sein. Der militärische Mandatar des Ausschusses bleibt nach wie vor General Hofer.

Bei diesem Erscheinen nun noch während der gestrigen Tagung eine interalliierte Deputation aus Oppeln unter Führung des französischen Obersten Caput. Die Deputation verlangte Aufhebung und Entwaffnung des deutschen Selbstschutzes und machte außerdem den Vorschlag der Einrichtung einer neutralen Zone, die von den englischen Truppen besetzt werden soll. An die „Insurgenten beiderseits“ würde ferner die Aufforderung gerichtet werden, prozentual nach der Größe des besetzten Gebiets um eine noch festzusetzende Strecke zurückzugehen. Da General Hofer von sich aus zu einer Antwort nicht ermächtigt war, hat er sich bis heute abend Beratungszeit erbeten.

Die Forderungen, die im Auftrage Le Ronds, als des Präsidenten der Kommission, gestellt worden sind, atmen durchaus den Geist des vor einer Woche von Rorsanly gestellten Vorschlages. Der Zwölfersausschuß ist sich klar darüber, daß diese Forderungen vor allen Dingen insoweit abzulehnen sind, als die Gleichstellung der deutschen Schutzwehr mit den Insurgenten auf keinen Fall anerkannt werden konnte und sich lediglich als ein Manöver Le Ronds darstellt, effektiv auf der linken Oberseite ebenso Insurgenten zu schaffen, wie sie auf der rechten Oberseite tatsächlich seit vier Monaten vorhanden sind. Es sei unmöglich, auf Grund von Forderungen zu verhandeln, die die Deutschen mit den Insurgenten gleichstellen. Außerdem sind die Vorschläge Le Ronds über Verhandlungen mit den Polen ein Anfinnen, das, abgesehen von den Erfahrungen des letzten August-Aufstandes umso mehr abzulehnt werden müsse, als es im schärfsten Widerspruch zu den Versprechun-

gen steht, die vor nicht allzu kurzer Zeit Le Ronds gemeinsam mit den englischen und italienischen Vertretern gegenüber dem deutschen Bevollmächtigten und der deutschen Bevölkerung abgegeben hat, und die dahin gingen, daß er in keinerlei Verhandlungen mit den Insurgenten eintreten würde.

Über auch als Rahmlegung der englischen Truppen wird dieses Vorgehen Le Ronds betrachtet; denn in dem Augenblick, wo die Engländer in die neutrale Zone einrücken und diese besetzen, sind sie natürlich für Oberschlesien fast überflüssig geworden, da dann der südöstliche Rest ohne weiteres unter polnischer Herrschaft würde weiter schmachten müssen. Es wird in maßgebenden politischen Kreisen nicht angenommen, daß man auf englischer Seite auf diese Vorschläge, die wohl gemeint, zur Zeit gestellt werden, wo über die eigentliche Verwendung der englischen Truppen noch nicht beraten worden ist, eingehen wird.

Was die Entwaffnung des deutschen Selbstschutzes anlangt, wird man sich allerdings, und darüber ist man sich auch im Zwölfersausschuß einig, mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß über kurz oder lang eine Auflösung erfolgen dürfte. Diese kann aber erst konstatiert gehen, wenn die interalliierten Truppen tatsächlich bewiesen haben, daß sie wieder die souveränen Herren sind.

### Die Grenzperre lückenlos.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat im Auftrage der Reichs- und Staatsregierung der Staatssekretär Dr. Freund aus dem preussischen Ministerium des Innern vom Mittwoch bis Freitag die ober-schlesische Grenze abgesehen und dabei festgestellt, daß, soweit es mit den zur Verfügung stehenden, unzulänglich bewaffneten Polizeikräften möglich war, alles geschehen ist, um den Forderungen der Alliierten nachzukommen. Er hat insbesondere festgestellt, daß die hermetische Abschließung der Grenze durchgeführt wurde, und hat sich ferner davon überzeugen können, daß die aus Oberschlesien herauskommenden Freiwilligenformationen entwaffnet und keinerlei Munitionsendungen nach Oberschlesien mehr hereingelassen werden.

### Rücktritt des englischen Abstimmungskommissars.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

lw London, 31. Mai.

Der englische Oberst Percival ist „aus Gesundheitsrücksichten“ von seinem Posten in der Interalliierten Plebiszitkommission für Oberschlesien zurückgetreten. Den Posten soll Sir Harold Stuart übernehmen, der früher britischer Kommissar in der Rheinland-Kommission gewesen ist.